

Unsere Woche im Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,



mit großer Bestürzung haben wir FREIE WÄHLER auf das Gewaltverbrechen mit elf Toten in Hanau reagiert. Wir sind fassungslos angesichts der Brutalität des Amoklaufs. Wir verurteilen jede Form von Rassismus, Hass und Gewalt aufs Schärfste und sehen in dieser **hinterhältigen Tat einen Angriff auf unsere plurale**

Gesellschaft insgesamt. Die Zahl rechtsradikal motivierter Straftaten steigt leider bereits seit Jahren. Auf dem Boden der Geschichtsrelativierung und des Fremdenhasses ist im rechtsextremen Milieu eine Saat aufgegangen, die in einer modernen, offenen und aufgeklärten Gesellschaft keinen Platz haben darf. Jetzt gilt es, die Mordtaten von Hanau rasch und vollständig aufzuklären. In diesem Zusammenhang danken wir den unterfränkischen Polizei- und Rettungskräften, die ihren hessischen Kollegen in einer sehr schwierigen Situation zu Hilfe kamen. Doch machen wir uns nichts vor: Diese Tat rüttelt an den Grundfesten unserer Demokratie. Wir müssen deshalb entschieden und mit allen rechtsstaatlich zur Verfügung stehenden Mitteln gegen jede Form von Hass vorgehen. In den schweren Stunden des Abschieds sind unsere Gedanken bei den Familien und Freunden der Toten. Den Verletzten wünschen wir baldige und vollständige Genesung.

Beschäftigt haben wir uns diese Woche außerdem mit folgenden Themen:

- Erbschaftsteuer in Deutschland endgültig abschaffen
- Der Kampf gegen Lieferengpässe bei wichtigen Arzneimitteln
- Lebensmittelkontrollbehörde KBLV: FREIE WÄHLER stehen hinter Umweltminister Glauber
- Wirtschafts- und Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika



- Digitales Dorf Bayern soll für Kommunen bereits jetzt nutzbar gemacht werden
- Reform der Notfallversorgung in Deutschland: Wir hätten da noch ein paar Anregungen

R ü c k b l i c k

Gefordert haben wir es seit Jahren – doch diesmal hoffen wir auf einen bundespolitischen Erfolg: Die **Erbschaftsteuer in Deutschland gehört endgültig abgeschafft!** Denn gerade aus Bayerns teuren Ballungsräumen häufen sich die Klagen: Vielen Erben, die zu vergleichsweise erschwinglichen Preisen vermieten, wird der in den vergangenen Jahren sprunghaft gestiegene Wert von Häusern in guten Lagen zum Verhängnis. Sie können die Erbschaftsteuer nicht aufbringen und müssen Hals über Kopf verkaufen – möglicherweise an Investoren, die nicht sozial vermieten, sondern allein auf hohe Renditen abzielen. Das halten wir für sehr bedenklich. Deshalb soll unser Koalitionspartner CSU sein politisches Gewicht auf Bundesebene stärker für die Abschaffung der Abgabe in die Waagschale werfen. Gerade einmal drei Prozent der Gesamtsteuereinnahmen macht die Erbschaftsteuer aus, doch die Ermittlung ihrer Höhe bindet gewaltige Verwaltungskapazitäten. Und auch aus sozialen Gründen ist ihre Abschaffung überfällig: Wer mit dem Erblasser nicht verwandt ist, zahlt dreißig Prozent Steuern und hat einen Freibetrag von nur 20.000 Euro. Die Erbschaftsteuer trifft damit nicht allein Millionäre, sondern greift tief in die Vermögenssubstanz von Arbeitnehmern und Mittelstand ein. Es wäre daher am besten, die Abgabe endlich ganz abzuschaffen, um ein klares Signal pro Eigentum zu setzen. In der Übergangszeit bis zur Aufhebung der Erbschaftsteuer müssen die Freibeträge massiv auf bis zu zwei Millionen Euro angehoben werden, fordern wir FREIE WÄHLER. Andernfalls würden sie die Realitäten in den Ballungsräumen nicht abbilden. Deshalb haben wir Ministerpräsident Markus Söder aufgefordert, in Berlin auf eine baldige Abschaffung der Erbschaftsteuer zu drängen.

Lieferengpässe bei wichtigen Medikamenten sind für moderne Industriestaaten ein Armutszeugnis. Doch auch **in Bayern fehlen aktuell knapp 300 wichtige Arzneien, darunter Medikamente zur Krebsbehandlung, Narkosemittel oder Präparate zur Behandlung von Epilepsie.** Die Zahl der nicht verfügbaren Rabattarzneien hat sich in nur einem Jahr auf 9,3 Millionen Packungen verdoppelt. Wir FREIE WÄHLER sind überzeugt,

dass die Bundesregierung bei lebenswichtigen Arzneimitteln umgehend etwas gegen Deutschlands wachsende Abhängigkeit von außereuropäischen Ländern unternehmen muss. Deshalb haben wir gemeinsam mit unserem Koalitionspartner rasche Schritte für eine stärkere heimische Produktion in Deutschland und Europa gefordert. Wir begrüßen, dass die CSU unsere gemeinsame Initiative nochmals in einem eigenen Antrag aufgegriffen hat, um den Druck auf die Bundesregierung zu erhöhen. Die darin formulierte Forderung an die Staatsregierung, eine Bundesratsinitiative der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz zur Vermeidung von Lieferengpässen bei wichtigen Medikamenten zu unterstützen, befürworten wir ausdrücklich.

Die **Bayerische Kontrollbehörde für Lebensmittelsicherheit und Veterinärmedizin (KBLV)** hat uns im Umweltausschuss beschäftigt – Umweltminister **Thorsten Glauber** legte dort einen sehr überzeugenden Bericht vor. Aus ihm geht hervor, dass der Freistaat Bayern aus dem Lebensmittelkandal der Firma Bayern-Ei Lehren gezogen und mit der KBLV eine wichtige zusätzliche Kontrollinstanz geschaffen hat. Die Lebensmittelüberwachung bei komplexen Betrieben ist seitdem noch engmaschiger, effizienter und transparenter geworden – so geht moderner Verbraucherschutz! Die KBLV leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Lebensmittelsicherheit, der europaweit seinesgleichen sucht und das Potenzial hat, zur Blaupause für andere Bundesländer zu werden. Wir FREIE WÄHLER haben uns darüber hinaus zum Ziel gesetzt, den Verbraucher- und Tierschutz in Bayern weiter voranzubringen. Diese wichtige Arbeit braucht eine klare Rechtsgrundlage. Mit der Anpassung der zugrundeliegenden Verordnung hat Umweltminister Glauber bereits eine konkrete Lösung vorgelegt, die für Rechtssicherheit sorgt. Die Zuständigkeiten der KBLV sind dadurch klargestellt. Wir lassen deshalb nicht zu, dass die Landtagsopposition eine verwaltungsjuristische Auseinandersetzung für Stimmungs- und Panikmache missbraucht. Denn die Leistungsfähigkeit der Behörde war zu keinem Zeitpunkt in Zweifel zu ziehen.



Friedl: „Der Freistaat Bayern hat seine Lehren aus dem Lebensmittelkandal bei Bayern-Ei gezogen und mit der KBLV eine wichtige zusätzliche Kontrollinstanz geschaffen. **Die Lebensmittelüberwachung bei komplexen Betrieben ist seitdem noch engmaschiger, effizienter und transparenter geworden – so geht moderner Verbraucherschutz!** Die KBLV

leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Lebensmittelsicherheit, der europaweit seinesgleichen sucht und das Potenzial hat, zur Blaupause für andere Bundesländer zu werden. Wir FREIE WÄHLER haben uns zum Ziel gesetzt, den Verbraucher- und Tierschutz in Bayern weiter voranzubringen. Mit der KBLV ist eine überfällige Kontrollinstanz geschaffen worden, die nicht nur den Verbraucher schützt, sondern auch das Tierwohl im Blick hat. Diese wichtige Arbeit braucht eine klare Rechtsgrundlage. **Mit der Anpassung der zugrundeliegenden Verordnung hat Umweltminister Glauber bereits eine konkrete Lösung vorgelegt, die für Rechtssicherheit sorgt.** Die Zuständigkeiten der KBLV sind dadurch klargestellt. **Wir lassen deshalb nicht zu, dass die Opposition eine verwaltungsjuristische Auseinandersetzung, die zu keinem Zeitpunkt die Leistungsfähigkeit der Behörde in Zweifel gezogen hat, für Stimmungs- und Panikmache missbraucht.“**

Prominenten Besuch hatten wir im Europaausschuss des Landtags – dort berichtete Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller über die Zusammenarbeit Europas und Bayerns mit Afrika. Wir FREIE WÄHLER haben uns zu einem Wirtschaftsaustausch auf Augenhöhe bekannt, **der auf unserem Nachbarkontinent für politische Stabilität und Aufschwung sorgen soll.** Ein positives Beispiel für Bayerns dortiges Engagement ist die Kooperation in einer Klimaallianz. Afrika soll zum grünen Kontinent erneuerbarer Energien werden. Dieses Vorzeigeprojekt umfasst Energie- sowie Klimaschutzprojekte und unterstützt gleichzeitig den Aufbau der Wirtschaft vor Ort. So wird das modernste Solarkraftwerk der Welt in Marokko mit Krediten von mehr als 800 Millionen Euro gefördert. Die Beteiligung deutscher Firmen in Zusammenarbeit mit lokalen Unternehmen vervollständigt die gegenseitige Win-Win-Situation: Grüner Strom für Deutschland und gesicherte Arbeitsplätze vor Ort. Schließlich benötigen die Menschen in den Ländern vom Mittelmeer bis zum Kap der Guten Hoffnung eine stabile Lebensgrundlage, um ihre Zukunft gestalten zu können. Daran mitwirken zu dürfen erfüllt uns FREIE WÄHLER mit großer Freude.

In der Digitalisierung liegt eine riesige Chance, den ländlichen Raum in Bayern zu stärken. Wir FREIE WÄHLER haben die Staatsregierung daher in einem Dringlichkeitsantrag aufgefordert, die Erkenntnisse des Projekts „Digitales Dorf Bayern“ für alle Kommunen in Bayern nutzbar zu machen. Das läuft zwar noch bis 2023, aber bereits jetzt haben die Modellprojekte wesentliche regionale Impulse für einen erfolgreichen digitalen Wandel im

ländlichen Raum gesetzt. Experimentelle Umsetzungsphase und Planung einer breiteren Anwendung sollten idealerweise ineinandergreifen und aufeinander aufbauen. Die Projekte haben bereits das Interesse zahlreicher Kommunen auf sich gezogen – sie alle möchten von den Erkenntnissen und Erfahrungen der Pilotgemeinden profitieren. Besonders die **Erweiterungen des ‚Digitalen Rathauses‘, Maßnahmen zur Stärkung einer selbstbestimmten Lebensführung im Alter, Transport- und Mitnahmeplattformen oder zur besseren Kommunikation zwischen Eltern und Schulen stoßen auf reges Interesse.** Im „Digitalen Dorf Bayern“ werden digitale Anwendungen für den ländlichen Raum entwickelt und getestet. Die insgesamt fünf Modellprojekte konzentrieren sich auf die Bereiche Tourismus, Nahversorgung, Wohnen, Lehr- und Bildungsangebote, Naturschutz, Mobilität, Energie und Gesundheit. Auch auf diesem Wege setzen wir uns für gleichwertige Lebensverhältnisse im gesamten Freistaat ein.

Wenn es um Leben oder Tod geht, zählt jede Sekunde. Das existierende System der Notfallrettung ist jedoch komplex und vielen Menschen nicht bekannt. Wir begrüßen daher die vom **Bund angestoßene Neuaufstellung der Notfallversorgung in Deutschland** – auch wenn wir noch erheblichen Verbesserungsbedarf bei der in Berlin angestoßenen Reform erkennen. So geht der Referentenentwurf des Bundesgesundheitsministeriums in einigen Bereichen weiter als erforderlich und verkennt bestehende Strukturen. Denn Bayern verfügt bereits über ein gut funktionierendes System der medizinischen Notfallrettung. Inhalte, Leistungsumfang und Qualität des Rettungsdienstes müssen daher weiterhin von den Ländern festgelegt werden. Eine von Berlin übergestülpte „Richtlinienkompetenz“ lehnen wir FREIE WÄHLER entschieden ab.

Die erprobten Systeme zu zerschlagen und Retter in ein gemeinsames Notfallsystem (GNL) pressen zu wollen, schafft mehr Probleme als es löst. Statt einer zentralen Einrichtung ist es sinnvoller, eine gemeinsame Abfragesystematik zu schaffen. Technische Schnittstellen zum automatisierten Austausch von Einsatzdaten sind dagegen zielführend. Wir FREIE WÄHLER setzen dabei auf bewährte Strukturen. Denn jeden Tag aufs Neue erbringt eine Vielzahl eingespielter Mitarbeiter im Freistaat eindrucksvolle Leistungen in der Notfallversorgung – zum Wohle aller Bürger. Vielen Dank für Ihr Interesse: Der nächste Newsletter der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion erscheint nach der Kommunalwahl in Bayern. Bis dahin wünschen wir eine gute Zeit!

Impressum Büro Hans Friedl, Am Weinberg 26b, 82239 Alling
